

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

4 (17.5.1947) Beilage zu Unser Tag

Jugend im Kampf

„Gefolgschaftstreue“ oder Selbstbestimmung — Unser „Nein“

Es ist gerade drei Monate her, daß in Freiburg eine Tagung der CSV-Jugend stattfand. Das Ergebnis dieser Tagung war die Schaffung eines Landes-Jugendbeirates mit der Aufgabe, die christlich-soziale Jugend zur Formung und Mitarbeit an den politischen Aufgaben der Partei sowie an der Politik überhaupt heranzuziehen. Der aufmerksame jugendliche Leser des Tagungsberichts in der „Südwestdeutschen Volkszeitung“ vom 5. Februar mußte den Eindruck erhalten, daß es die Parteileitung an der Zeit fand, endlich auch dem Willen ihrer Jugend das Ohr zu leihen und sie mitarbeiten zu lassen, wollte sie sich nicht der Gefahr aussetzen, sie zu verlieren. Man erklärte, an der Jugend liege es, ob die Partei zerfällt oder ob sie den Kern von etwas Neuem bilden würde, an ihr liege es, ob zuletzt die „hell- oder dunkelrote Flut“ Europa überschwemmen wird.

Dr. Kist, der Jugendvorsitzende der CSV, sagte: „Uns schwebt vor ein Staat der Freiheit, des Rechtes, der Wahrheit und sozialen Gerechtigkeit, der Sicherheit, des Friedens und der aufbauenden Arbeit, ein Staat abhold jeder Gewaltpolitik, jeder widerwärtigen, verlogenen Propaganda, jeder Knechtseligkeit. Wir verabscheuen Diktatur jeder Schattierung, auch Parteidiktatur, Radikalismus, Extremismus und wie die schädlichen Ismen samt und sonders heißen. Wir wollen keine Befehlsempfänger mehr und nie wieder Waffenträger sein. Wir haben alle Großmachtsstränge und Langemarckromantik für ewige Zeit in Acht und Bann getan, preußisches Vormachtstreben verabscheuen wir.“

Der jugendliche Mensch unserer Tage, — der bereit ist, seine ersten Gehversuche in der neu zu erkämpfenden Demokratie zu unternehmen, — wird beim Vergleich dieser Ausführungen mit der praktischen Politik der CSV stutzig werden, wenn er das politische Geschehen und vor allem die Beratungen um die neue Verfassung verfolgt hat und dabei feststellen mußte, wie diktatorisch die CSV, so sehr sie die „Diktatur jeglicher Schattierung“ verabscheut, — gegen

über den kleineren Parteien aufgetreten ist. Dadurch brachte sie es fertig, die fortschrittlichsten Gesichtspunkte aus unserer neuen Verfassung zu verbannen. Auch dürfte die CSV der Langemarckromantik absolut nicht so abhold sein, was der Streit um den Art. 69a, der nun nach langem Hin und Her im endgültigen Verfassungsentwurf zu Art. 3 geworden ist, beweist. Was sollen wir jungen Menschen von einer Partei halten, die auf der einen Seite erklärt, daß wir nie mehr Befehlsempfänger und nie mehr Waffenträger sein sollen, deren Fraktion aber dann ein knappes Vierteljahr später einen von ihnen selbst eingebrachten Artikel, der die Militärdienstpflicht für jeden badischen Staatsbürger verbietet, durch Mehrheitsbeschluß zu Fall bringt?

Eine ausgesprochen rückschrittliche Einrichtung war auch der in letzter Minute zu Fall gebrachte Ständerat. Die Arbeiterjugend kann sich nicht vorstellen, wie man einen solchen Ständerat mit dem Volksparlament, dem Vertreter des wahren Volkswillens, vereinbaren wollte. Die breite Masse der werktätigen Bevölkerung wäre nur in sehr geringem Maße im Ständerat vertreten gewesen. Worauf will die CSV anders hinaus, als auf eine Diktatur der großbürgerlichen Schichten, wenn Dr. Kist in seinen Ausführungen sagte, daß „eine große Zahl jugendlicher neue Wege dadurch beschreiten muß, daß sie statt parteimäßiger Vertretung des Volkes, die künftigen Volksparlamente aus parteilosen Vertretern der verschiedenen Stände und Berufe, Körperschaften, Städte, Gemeinden usw. zusammengesetzt wissen will. Wir alle aber, so scheint mir, sind uns darin einig, daß die Macht und Willkür der Parteien durch ein vernünftiges Wahlrecht, z. B. Ersatz der Listenwahl durch das Einerwahlrecht und durch sonstige Maßnahmen beschnitten werden muß.“ Dr. Kist hat allerdings recht, wenn er in seinen weiteren Ausführungen feststellt, was wir Jugendlichen schon seit langem wissen, daß seiner Partei das mitreißende, überzeugende, sich durchsetzende, kurzum das schöp-

Unsere Meinung / Fortsetzung von Seite 3

(Titisee) macht die Hofbauern des Hochschwarzwalds gegen die Bodenreform mobil, indem er erklärt, die Bodenreformpläne würden ihren Besitz gefährden. Und wer ist wohl gemeint, wenn in der genannten Zeitung von den Herren gesprochen wird, die „heute in der Bodenreform an vorderster Stelle stehen, die aber nicht von den Bauern gewählt, sondern von einer amtlichen Stelle ernannt wurden“? Sind das die Vorstandsmitglieder des Badischen Landw. Hauptverbandes? Mit diesen Argumenten wird nur eines erreicht, — die Stärkung des Großgrundbesitzes. Die bürgerlichen Parteien stellen sich schützend vor die Großgrundbesitzer, beweisen damit offenkundig ihre reaktionäre Haltung (— die badischen Achtundvierziger hätten fraglos anders gehandelt!) — haben aber kein Interesse an den vielen kleinen

Pächtern, die heute noch kapitalistischen Bodenbesitz bearbeiten und Pachtzins abführen müssen. Mit keinem Wort wird ihrer gedacht. Sollen sie nicht freie Bauern auf freiem Eigentum werden? Bei ihnen verfängt das Argument des fehlenden landwirtschaftlichen Produktionsmittels nicht, denn sie sind ja schon Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe. Wie steht es aber mit der Schaffung von Kleinsiedlerstellen und Heimstätten, wofür durch die Bodenreform Land geschaffen werden muß? Wir hoffen, daß die Pächter und Kleinsiedler diese Haltung der bürgerlichen Parteien am 1. Mai nicht vergessen!

Arbeiter, Handwerker und Bauern! Euer Nein dem reaktionären Verfassungsentwurf.

Eure Stimme den Kommunisten!

Was der Wähler wissen muß

Aus Anlaß der Landtagswahl und des Volksentscheids hat das Ministerium des Inneren folgende Anordnung getroffen:

1. In der Nacht vom 18. zum 19. Mai 1947 werden die noch bestehenden Ausgangssperren in vollem Umfange aufgehoben.
2. Das Verbot, wonach deutsche Kraftfahrzeuge an Sonntagen nur mit besonderer Genehmigung benützt werden dürfen, wird für Sonntag, den 18. Mai 1947, für die Zeit bis 12 Uhr, aufgehoben.
3. Versammlungen und sonstige Kundgebungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen sind verboten.

ferische Element bis jetzt fehlt. Statt der Schaffenskraft der Jugend freien Raum zu geben, soll aus ihr wieder eine treu-gläubige Gefolgschaft gemacht werden, wie dies Dr. Kist in seinen seinerzeitigen Ausführungen in seinem Schlußwort anführte:

„Herr Landespräsident, Ihre Jugend steht vor dem Tore und pocht um Einlaß! Gewähren Sie uns Eintritt, geben Sie unserem Willen Raum, schenken Sie unserem Ruf ernsthaftes Gehör. In Ihren Händen liegt eine schicksalsschwere Alternative: Eine junge Parteigeneration als treue, gläubige, loyale Gefolgschaft zu haben oder einer Opposition destruktiver Rebellen gegenüber zu stehen. Ihr diplomatischer Geist wird Weg und Wille für die große „entente cordiale“ finden — das hoffen wir zuversichtlich. Die Jugend wird dort stehen, wo sie sich nicht überflüssig fühlt, wo man ihre sprudelnden Kräfte weckt, in rechte Bahnen lenkt und zur aufbauenden Mitarbeit einspannt.“

Nein, so geht es wirklich nicht! Und wenn man einen Staat ohne uns aufbauen will, dann haben die Mehrheitsparteien der Landesversammlung die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Nicht nur, daß sie wieder die Möglichkeit der Schaffung einer Militärdienstpflicht offen lassen, unsere Schulen in christliche Schulen verwandeln, in der Verfassung durch einen Staatsgerichtshof den Willen des Volkes in Fesseln schlagen, und daß sie wirtschaftliche Artikel verfassungsmäßig festlegen wollen, die für unsere Zukunft eine unerhörte Belastung bedeuten — (Kriegsverbrecher könnten bei Enteignung „angemessen“ entschädigt werden!) — und andere Dinge mehr, so hat man es auch nicht einmal verstanden, die ureigensten Belange unserer jungen Menschen zu berücksichtigen. Wir jungen Menschen sind auch überrascht, daß die CSV auf Grund ihrer überwältigenden Mehrheit in der Landesversammlung bei der Beratung der Verfassung die Aufnahme der Möglichkeiten zu praktischer Mitarbeit im politischen und wirtschaftlichen Geschehen im neuen demokratischen Staatsaufbau versagt hat. Warum garantiert man der Jugend nicht die Schaffung von Betriebsjugendvertretungen zur Wahrung ihrer eigenen Interessen?

Der vorliegende Verfassungsentwurf ist weder freiheitlich noch fortschrittlich, und wahrlich nicht die Interessen der werktätigen Jugend. Wir wollen keine „Kamm“- und keine „Kautschuk“-Bestimmungen, sondern Berücksichtigung unserer konkreten Forderungen.

Wir Jungen in Stadt und Land geben am 18. Mai unsere Stimme der Partei des Fortschritts, — wir wählen Kommunisten und stimmen über die Verfassung mit

NEIN

Staatsgerichtshof? - „NEIN“ Für die Herrschaft des Volkes! Wählt Kommunisten

Um das Recht des Bauern

Ihre Mitbestimmung sichert Ernährung und Aufbau

Nur der tatkräftige Einsatz der Bauern kann uns aus der Ernährungs-mißwirtschaft herausbringen. Wir müssen uns weitgehendst aus dem eigenen Boden ernähren, weil wir uns nicht darauf verlassen dürfen, daß die Ueberschußländer der Welt ohne Gegenleistung unseren Lebensmittelbedarf fortgesetzt decken werden. — Wie ist die Lage?

Schon im Jahre 1936 hatten wir einen Einfuhrüberschuß von 4,6 Millionen an Lebensmitteln. Inzwischen ist aber die Nahrungsmittelerzeugung in der Welt durch die Kriegseinwirkungen stark zurückgegangen. So ist die Weizenrente in Europa im Jahresdurchschnitt von 42 Millionen auf 23 Millionen zu und die Fleischproduktion auf ein Drittel des Vorkriegsstandes gefallen. Der Einfuhranteil Deutschlands wäre somit an sich schon relativ geringer als früher. Dazu kommt, daß die Einwohnerzahl auf den Quadratmeter deutschen Bodens von 140 auf durchschnittlich 200 gestiegen ist. Mit der Verringerung der Produktionskapazität unserer Industrie ist der Export industrieller Erzeugnisse auf einen Bruchteil des Vorkriegsstandes zurückgefallen. Die Autarkiepolitik Hitlers hat schon vor dem Krieg dem deutschen Exportgeschäft großen Schaden zugefügt, so daß Deutschland einen Teil seiner Abnehmer verloren hatte. Weitere Auslandskunden haben sich während des Krieges andere Lieferanten suchen müssen, und sind nun bei ihnen geblieben. Schließlich hat der Krieg in fast allen Ländern der Erde zu einer gesteigerten Industrialisierung geführt, so daß bisherige Abnehmerländer diejenigen Waren selbst erzeugen, die sie früher eingeführt haben. Es ist also nicht allein damit getan, daß wir unsere industrielle Ausfuhr mit allen Mitteln steigern. Wenn die deutsche Landwirtschaft versagt, wird auch eine Exportindustrie mit höherer Kapazität als heute die Ernährungsnot unseres Landes nicht beheben können. Nur wenn Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie planvoll Hand in Hand arbeiten, besteht die Aussicht, unsere Bevölkerung wieder einigermaßen normal ernähren zu können.

Was ist zu tun? Die letzten Ereignisse im Ruhrgebiet zeigen, daß zwei Dinge die Grundlage im Wirtschaftsaufbau sind, Lebensmittel und Kohle. Ohne Kohle kann keine andere Industrie arbeiten — auch nicht die Düngemittelindustrie — aber ohne Nahrungsmittel kann der Kumpel keine Kohle fördern. Bleibt also immer wieder als erste Voraussetzung allen Aufbaus die Landwirtschaft. Es geht aber nicht so, daß von seiten einer zentralistisch organisierten Staatsbürokratie im unseligen Reichsnährstandsformat auf Grund unzurei-

chender und ungenauer Phantasiestatistiken den Bauern ihr Soll vorgeschrieben wird, ohne Rücksicht darauf, ob er es erfüllen kann oder nicht. Ohne Saatgut, ohne Düngemittel, ohne ordentliches Arbeitsgerät und ohne ausreichende Arbeitskräfte kann auch der Bauer nicht zaubern.

Wir Kommunisten lehnen die wirtschaftszerrüttende und jedem Erneuerungswillen feindliche Verwaltungsbürokratie entschieden ab, und haben immer wieder eindringlich die Demokratisierung der Landwirtschaft gefordert. Die heutige Reichsnährstandsmethode entfremdet die Bauern jeder tatkräftigen Mitarbeit und bringt eine tiefe Kluft zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeiter und Bauern. Wenn sich der Bauer heute unter dem Druck der Staatsbürokratie ausgebeutet fühlt, dann muß er sich darüber klar sein, daß dies nicht eine besondere Erscheinung unserer Notzeit ist, sondern daß er in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung immer der Ausgebeutete

bleiben wird. Die Preise wurden ihm letzten Endes doch immer vom „freien“ Markt vorgeschrieben, den die bürgerlichen Parteien zu ihrer wirtschaftlichen Wahlparole gemacht haben.

Bauern! Die Kommunisten fordern Euer Mitbestimmungsrecht in der Ernährungswirtschaft. In Eure Hände soll die Verantwortung für die Ernährung des Volkes gelegt werden. Ihr sollt in der Anbauplanung, in der Ablieferung und in der Verteilung in Verbindung mit den Vertretern der Werktätigen in Gewerbe und Industrie, den Gewerkschaften und Betriebsräten, bestimmend sein. Auf diese Weise wird in demokratischer Weise die Ernährung des Volkes gesichert.

Der Verfassungsentwurf sichert Euch in keiner Weise diese Euch zustehenden demokratischen Rechte der Mitbestimmung. Stellt Euch an die Seite der Werktätigen in Gewerbe und Industrie und gebt Eure Stimme den Arbeiterparteien!

Wie wählt der Simonsbauer

Warum wurden Katholiken Mitläufer der NSDAP

Schon wochenlang läuft der Bauer vom Simonshof mißmutig und mit der ganzen Welt hadern auf seinem Hofe herum und seit 14 Tagen geht er nicht einmal sonntags in das Dorf hinunter, um wie bisher nach dem Kirchengang, Gedanken mit seinen alten Freunden auszutauschen. Es interessiert ihn auch gar nichts — auch nicht die bevorstehende Landtagswahl. Die Bäuerin ist über das unerklärliche Verhalten ihres Ehemanns fast verzweifelt, der ihr auf alle ihre Fragen keine vernünftige Antwort gibt. Vergebens sucht die brave Ehefrau das Geheimnis, das ihr Mann in diesen Wochen in sich herumträgt zu errönden und nur einmal vernimmt sie aus dessen Munde die Worte: „War ich damals ein Rindvieh, daß ich diesen Hochwertigen Herren alles glaubte“. Alles göttliche Zureden der Bäuerin half nichts und dem von ihr herbeigerufenen Nervenarzt wies der Simonsbauer schroff die Tür mit dem Bemerkten, daß er schon vor 14 Jahren hätte kommen sollen.

Der Fall des Simonsbauern schien hoffnungslos und eine Zeitung wollte er weder sehen noch lesen, um nicht an eine frühere Wahl erinnert zu werden. Als die Bäuerin anderntags zufällig in die Stadt kam, erfuhr sie von den Sorgen ihres Mannes, der wegen seiner Zugehörigkeit zur NSDAP im „Amtsblatt“ veröffentlicht wurde und zu einer hohen Sühneleistung verurteilt war. Der Simonsbauer war nun das Verhalten ihres Mannes klar geworden, der sich natür-

lich bittere Vorwürfe machte, daß er s. Zt. als guter Katholik und Zentrumsmann und trotz ihrer Einwände in die Partei eintrat, wofür er nun so hart büßen soll. Der Termin für die Landtagswahl rückte näher und eines Tages erschienen auf dem Simonshofe zwei Herren der CSV, um den vergrämten Bauern wieder als Wähler zu gewinnen und ihm klar zu machen, daß an seinem Uebel „nur die bösen Kommunisten“ schuld seien. Es ging an diesem Tage in der Bauernstube des Hofes sehr laut zu, sodaß selbst die Ochsen im Stalle störrisch wurden. Denn der Simonsbauer wollte diesen christlich-sozialen Herren gegenüber beweisen, daß an seiner Mitgliedschaft in der NSDAP nicht etwa die Kommunisten, sondern allein die kirchlichen Repräsentanten der ehemaligen Zentrums-partei schuld seien, nach deren Verhalten er sich als guter Katholik richtete.

Mit hochrotem Gesicht eilte der Simonsbauer an seinen Spind und holte sein Gesangbuch heraus, worin er sich zwei Ausschnitte aus der „Deutschen Bodensee-Zeitung“ aus dem Jahre 1933 gut verwahrt hatte. In diesen war unzweideutig zu lesen, daß im Oktober 1933 seine Hochwürden der Herr Erzbischof, ein eindeutiges Bekenntnis zum Nationalsozialismus abgelegt hatte und daß damals die „Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher“ im Seekreis gegründet wurde, die von allen katholischen

Bauernland in Bauernhand durch Bodenreform - Wählt Kommunisten!

Euer „Ja“ heißt Reaktion - Euer „Nein“ bringt den Fortschritt

UNSER TAG, Volkszeitung für Baden u. Württemberg, Offenburg, Metzgerstraße 4; verantwortl. Dr. Karl Bittel; Druck A. Reiß & Cie.

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN UND WÜRTTEMBERG

Wahlzeitung der KP

Nr. 4 / 17. Mai 1947

Katholiken Badens!

Blockiert nicht die Ventile — Mahnruf zur Wahl

Von Paul Jungblut, Dr. theol. u. Dr. rer. pol.

Gibt es einen „christlichen“ Sozialismus? Ich kam auf Grund ernstester Geistesarbeit zu dem Resultat, es gibt nur einen, wahren Sozialismus: den hat uns die Kritik des Kapitalismus im „Kapital“ von Karl Marx gezeigt. Seine Erkenntnis, daß nach den Wirtschaftsgesetzen ein Umbruch fällig ist, ist richtig. Die Zeit dafür ist reif, diesen Umbruch zu vollziehen. Wir haben ein zweites Mal dafür die Chance nach einem verlorenen Krieg, der uns zwinzt, wirtschaftlich neu aufzubauen. Wir sind vor der Geschichte verpflichtet, diesen Aufbau dieses Mal richtig vorzunehmen. Horst Flügge schreibt in einer der letzten Nummern der „Rhein-Neckar-Zeitung“: Alle, die das wissen und sehen und doch an den alten Wirtschaftsformen festhalten, sind „Hehler“ des Kapitalismus! Unter alten Formen sind zu verstehen die bisherigen unrevidierten Begriffe des „freien“ Unternehmers und der „freien“ Wirtschaft und der „Privatinitiative“ als ihres Hauptmotors.

Es ist nicht mehr die Zeit, sich am Rundfunk darüber zu äußern oder durch die Presse aufzuklären, daß das Bemühen des Kapitals um eine wissenschaftliche Rechtfertigung seiner Existenz vergebens gewesen ist, und daß auch mit „Sozialreformen“ für „Notzeiten“ (Art. 44 des Verfassungsentwurfes) nichts getan ist. Das ist Stümperwerk.

Ich schrieb vor mehr als zwei Jahren Herrn Erzbischof Dr. Konrad Gröber: „Wir Theologen (ich bin katholischer Priester) predigen dem Volke das siebente Gebot: Die Lehre, daß das Eigentum heilig ist. Aber was „Eigentum“ ist, und wo ein Besitz aufhört, Eigentum in naturrechtlichen Sinne zu bleiben und wenn er auch hundertmal durch ein „bürgerliches“ Gesetzbuch geschützt würde, das wissen wir selber nicht. (Schreiben vom 9. März 1945). Diese Frage bedarf noch der Klärung und trotzdem gehen wir jetzt hin und überstürzen ein kommendes Verfassungswerk durch einen ungeeigneten Versuch am kommenden Sonntag.

Der zweite Grundpfeiler der vorgelegten Verfassung (Wirtschaftspolitik)

Männern aus Liebe zur heiligen Kirche forderte, am nationalsozialistischen Deutschland mitzuarbeiten. Wir wurden damals aufgefordert bis ins letzte Dorf „die herrlichen Gedanken des Nationalsozialismus“ hineinzutragen und nun sitzen wir in der Sch...“ Der Simonsbauer machte gegenüber den beiden CSV-Herren kein Hehl daraus, wem er die alleinige Schuld dafür gibt, daß er im November 1933 in die NSDAP eintrat und nun mit seiner Entnazifizierungsstrafe im Dreck sitzt. „Mir passiert kein zweites Mal mehr, daß ich den politischen Torheiten eines Herrn Pfarrers oder selbst Seiner Exzellenz Folge leiste — sagte er, — ich bin ein guter Katholik und gebe der Kirche und ihren Vertretern in Glaubensdingen meine volle Gefolgschaft, aber von der Politik sollen diese Herren gefälligst ein für alle mal ihre Finger lassen!“

Die beiden CSV-Wahlagitatoren hatten nichts zu erwidern. Sie beteuerten noch einigen politischen Unsinn und gingen bald beschämt von dannen, sogar ohne „gevespert“ zu haben

ruht auf diesen alten und überlebten Begriffen. Sie sollen hier in Baden für Jahre hinaus in einem Staatsgrundgesetz erneut verankert werden. Laßt Euch nicht täuschen, Katholiken! Die Kulturpolitik ist nicht das Primäre (Wichtigste). Sie ist das Höchste in der Ordnung der Werte, aber nicht das Nächste in der Ordnung der praktischen Ausführung. So begegnete ich vor wenigen Tagen noch einem Einwand meiner Glaubensgenossen in einer öffentlichen Wahlversammlung: Nur das Christentum könne Baden noch retten! Die Sozialisten (Kommunisten und Sozialdemokraten) sind weder vom Himmel gefallen, noch als solche geboren, sondern sie haben sich ihre Ueberzeugung gebildet auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse und ihrer Erkenntnis der Wirtschaftsgesetze. Es geht garricht um das Christentum in Baden; das Christentum ist nicht in Gefahr. Vielmehr ist eine wirkliche Wiederverchristlichung des Volkes heute nur noch möglich auf der Grundlage einer grundsätzlichen Neuordnung der Wirtschaft. Wie diese aussehen muß, gehört als zweite Präambel in ein modernes vorbildliches Verfassungswerk.

Die Wirtschaftslage des Volkes ist in der heutigen Zeit der Ernährungs-, der Wohnungs-, der Bekleidungskrise wie ein Kessel unter Dampf. Wir sind nicht in der Lage, die Feuerung herauszureißen. Es wird immer mehr durch die Not der Zeit und die Verschärfung der Krisen Oel ins Feuer kommen. Und was tun wir da? Wir

Das „NEIN“ Gewerkschaftsbundes

Von der Beratung der Verfassung hat unsere Verfassungskommission den Fraktionsvorsitzenden der 4 Parteien Abänderungsanträge zum gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Teil der Verfassung übergeben. Diese Anträge wurden im Teil III der Verfassung „Arbeit und Wirtschaft“ nicht berücksichtigt. Wir hätten erwartet, daß die Mehrheit der Mitglieder der Beratenden Landesversammlung den berechtigten Forderungen der Gewerkschaften Rechnung getragen hätte.

Die Fassung des Artikels 38, Absatz 2, bietet die Möglichkeit, durch Gesetz die Gewerkschaften bei Lohnbewegungen lahmzulegen. Die Vertretung der Interessen von Beamten, Angestellten und Arbeitern bei den Behörden ist in der Verfassung nicht verankert. Die Forderungen der Gewerkschaften, dem Staat das Recht zur planvollen Lenkung der Wirtschaft einzuräumen, wurde nicht erfüllt.

Die Forderung, zwingende Vorschriften zu schaffen, daß Körperschaften geschaffen werden, an denen Unternehmer und Arbeitnehmer, Erzeuger und Verbraucher gleichmäßig beteiligt sind wurde nur als „Kann“-Bestimmung festgehalten. Die Bestimmung „Arbeitnehmer“ kann dazu dienen, die Gewerkschaften als solche auszuschalten. Die Forderung, daß die Betriebe des Bergbaues, der Eisen- und Stahlerzeugung, der Energiewirtschaft und des an Schienen- und Oberleitungen gebundenen Verkehrswesens durch Gesetz in Gemeineigentum überführt werden müssen, wird durch die Fassung des Artikels 45 der jetzt vorliegenden Verfassung prak-

Demokratie in Fesseln

Die Christlich-Soziale Volkspartei will der neuen Demokratie durch die von ihr vorgeschlagene Verfassung Fesseln anlegen. Sie will keine freie Demokratie, die sich der Ketten der Vergangenheit entledigt. Sie will das Volk entmündigen und auf's neue unter die Herrschaft der Beamtenbürokratie, der Juristen und der Kirche stellen.

Die von uns geforderte Konzentration aller Macht in der Hand der Volksvertretung ist für die CSV eine „Despotie“, eine Gewalt Herrschaft.

Wir Kommunisten wollen, daß alle Macht bei den gewählten Vertretern des Volkes, beim Landtag, liegt. Nur er hat den Auftrag vom Volk!

Badische Männer und Frauen! Stimmt gegen den Verfassungsentwurf. Wählt Kommunisten in den Landtag! Sie kämpfen für das Recht und die Freiheit des Volkes!

gehen hin, wenn wir mit „Ja“ stimmen und blockieren die Ventile. Das würde man in technischen Betrieben verbrecherisch nennen und die Gewerkepolizei würde einschreiten und kein Motiv einer noch so hohen „Kulturpolitik“ würde uns entschuldigen.

Um Himmelswillen! Blockiert wenigstens nicht die Ventile, sondern stimmt mit NEIN gegen die Verfassung, damit ein neuer und berufener Landtag in aller Ruhe ein neues Verfassungswerk zustandebringt.

Nachschrift: Die Sozialisten greifen das Christentum keineswegs an und bedienen sich keiner Gehässigkeiten. Diese ausdrückliche Zusicherung wurde dem Verfasser des Auftrages auch seitens der Redaktion gerne gegeben. Er fühlt sich somit berechtigt, auch in die Presse der äußersten Linken zu gehen,

tisch unmöglich gemacht. Eine Sonderabstimmung über den Abschnitt III ist nicht vorgesehen.

Der Vorstand des Badischen Gewerkschaftsbundes weist deshalb auf die Nichtberücksichtigung seiner Forderungen zu den obigen Punkten ausdrücklich hin und lehnt den Abschnitt III der Verfassung (Arbeit und Wirtschaft) ab.

Der Vorstand des Badischen Gewerkschaftsbundes.

Konfessionelle Hetze

Am 3. Dezember 1945 schrieb der heutige Ministerpräsident und damalige Oberpräsident des Rheinlandes, Dr. Boden von der CDU, in einem Brief folgendes an die Militärregierung:

„In konfessioneller Beziehung würde der katholische Charakter des Rheinlandes durch den Zuzug der meist protestantischen Ostdeutschen stark verwässert werden, was angesichts unserer Verhältnisse zu dem überwiegend katholischen Frankreich höchst unerwünscht wäre, weil die Uebereinstimmung beider Teile in der Konfession für die Zusammenarbeit in kultureller Beziehung ungeheuer wichtig ist.“

Wahrlich, ein herrliches Dokument christlicher Nächstenliebe für eine katholisch-protestantische Partei. So geht die konfessionelle Verhetzung wieder los!

Unsere Meinung /

Die bürgerlichen Parteien für Reaktion und Kapitalismus

Die CSV hat von „landfremden kommunistischen Ideologien“ gesprochen, und betont, daß die von den Kommunisten vertretene marxistische Wirtschaftspolitik auf die südbadische Wirtschaft wie „die Faust aufs Auge“ passe. Gerade der Arbeiter hätte nirgendwo so gute Möglichkeiten des Aufstiegs zu unabhängiger freier Selbständigkeit wie in Südbaden. Mit ganz bescheidenen Ersparnissen wäre den Arbeitern und Angestellten schon die Aussicht des wirtschaftlichen Aufstiegs gegeben, weil bei uns nicht die Großindustrie, sondern der Klein- und Mittelbetrieb der Wirtschaft das Gepräge gäben.

Wir sind bekanntlich anderer Meinung. Wir können uns nicht vorstellen, daß Südbaden eine friedliche Insel sozialen Wohlergehens im Meer der kapitalistischen Weltwirtschaft sein soll. Wir können auch nicht glauben, daß die CSV-Politiker so schlechte Wirtschaftswissenschaftler sein sollten, um nicht den kapitalistischen Ablauf als weltwirtschaftliche Gesamterscheinung zu kennen. Oder weiß man nicht, daß die Initiative des kleinen und mittleren Unternehmers im heutigen höchsten Stadium der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in keiner Weise für die Produktionslenkung anschlussfähig ist, sondern daß die Einzelunternehmer in ihrer Planung auch dann vollkommen vom Finanzkapital abhängen, wenn sie nach außen selbstständig auftreten? Die Weltwirtschaftskrisen haben seit 1927 hunderttausende Einzelhändler, Handwerker, kleine und mittlere Industrielle in Deutschland vernichtet, und Baden machte dabei leider keine Ausnahme. Südbaden ist also kein volkswirtschaftlicher Naturschutzpark, sondern voll und ganz eingegliedert in die kapitalistische Wirtschaftsordnung.

Was will man also? Will man den kleinen Gewerbetreibenden Sand in die Augen streuen, um sie den eigenen Parteiziele zu machen? Wenn man von Seiten der bürgerlichen Parteien nichts anderes zu bieten hat, als unklare wirtschaftliche Formulierungen oder die veralteten Wirtschaftsrezepte der freien Konkurrenz, dann darf man ein klares und in sich gefestigtes Wirtschaftsprogramm, wie es die Kommunisten bieten, nicht sabotieren. Wer sind die Kapitalisten, die dem Arbeiter so gefährlich werden? Nun, — es ist nicht der kleine oder mittlere Fabrikant X oder Y, den der Arbeiter persönlich kennt, und von dem er weiß, daß er seine liebe Not hat, um Aufträge und Rohstoffe hereinzubekommen. Sicher ist es auch nicht der Handwerksmeister oder der Bauer. Wir beantworten die Frage nicht mit den allgemeinen Schlagworten: „Die Reichen, die Mächtigen“. Es sind die Herren der Konzerne und Trusts und das von den Großbanken verwaltete anonyme Kapital. Der kleine Fabrikant ist von ihnen abhängig, seine Produktion

Koalitionsbrüder

Im demokratischen Wahlteil des „Südkurier“ vom 13. Mai schreibt MdG. den Koalitionsbrüdern der CSV folgendes ins Stammbuch:

„Wir kennen unsere Pappenhelme! Laßt einmal die Christlich-Demokratischen das Heft in die Hand bekommen. Ihr werdet Eure Wunder erleben von ihrer Duldsamkeit und Demokratie!“

wird von ihrem Profitstreben gelenkt, sie bestimmen die Preise und auf den Markt kommt nur das, was ihnen die größte Gewinnspanne läßt. Vergift man, daß in unserem Land immer noch große, meist außerbadische Konzerne die Hand im Spiel haben? Südbaden kann sich nicht aus dem Eigenen ernähren, und ist vom Weltmarkt ebenso abhängig, wie die anderen Länder mit kapitalistischer Struktur. Oder glaubt man, daß es sich auf unsere Ernährungslage nicht auswirkt, wenn die Weltweizenkonferenz gescheitert ist, weil man sich über die Preise (d. h. die Profitspannen) nicht einig werden konnte? .

Planwirtschaft und Staatsbürokratie

Man warnt vor den Kommunisten und erklärt, ihre Sozialisierungsforderungen würden die Wirtschaft einer wirtschaftsfremden Staatsbürokratie in die Hände geben. Die Folge sei ein Staatskapitalismus oder Ueberkapitalismus als Fortführung der kapita-



Ein guter Stein zum Aufbau

listischen Wirtschaftsordnung. Leider vergißt man, diese bombastischen Begriffe wissenschaftlich zu erläutern. Man versteigt sich zu der von Sachkenntnis ungetriebenen Behauptung, Kapitalismus seien nur verschiedene Auffassungen ein und derselben Sache! Aber was ist die Wahrheit? Jeder Wähler kann in UNSERM TAG lesen und von den Rednern der KP hören, daß wir auf das schärfste jede Verwaltungsbürokratie und jede autokratische Beherrschung der Wirtschaft durch den Staat in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft bekämpfen. Wir fordern die Demokratisierung der

Wirtschaft und weitgehende Beteiligung der Werktätigen an der Produktionslenkung, vertreten durch die Gewerkschaften und Betriebsräte. Während der Verfassungsentwurf und die bürgerlichen Parteien die Gewerkschaften und Betriebsräte nur dem „versöhnenden“ Ausgleich des Widerstreits der Interessen von Kapital und Arbeit dienen lassen wollen, sehen die Arbeiterparteien in ihnen die maßgebenden Faktoren zu einer neuen Wirtschaftsordnung. Man denkt bei der CSV auch gar nicht daran, die Arbeiterschaft maßgebend in die Produktionslenkung einzuschalten, denn auch „die Vermachtung des Produktionsfaktors Arbeit ist zu unterbinden“. (Wahlseite der Ortenauer Zeitung 13. 5.). Wir fordern auf dieser Grundlage eine demokratische Planwirtschaft, aber die bürgerlichen Politiker sprechen nur davon, daß sie die zentralistische-bürokratische Planwirtschaft zugunsten der sogenannten freien Wirtschaft ablehnen. Man verschweigt dabei dezent, daß die von den Arbeiterparteien vorgesehene Planwirtschaft etwas ganz anderes ist. Man setzt Planwirtschaft gleich Planwirtschaft, und demonstriert den Wählern schlechthin die Gefahr einer solchen Ordnung. Man ruft: Hütet Euch vor den Kommunisten, denn sie wollen Euch Eure kleinen Gewerbebetriebe nehmen. Diese Schreckschüssen beantworten wir mit dem Wortlaut des kommunistischen Verfassungsentwurfes Art. 25: „Selbständige Klein- und Mittelbetriebe in Gewerbe, Handwerk und Handel sind durch Gesetzgebung zu fördern, insbesondere vor steuerlicher Ueberlastung und Aufsaugung durch Großunternehmer zu schützen.“

Wir stellen an die Wähler die Frage: Wer sind nun tatsächlich die Ideologen, die Kommunisten mit ihrer klaren Erkenntnis des Wirtschaftsablaufs, deren Theorie durch das furchtbare Elend, das der Kapitalismus über uns gebracht hat, in der Praxis als wahr bewiesen worden ist, oder die CSV-Politiker mit ihren allgemeinen nebelhaften Redensarten von Gerechtigkeit in der Wirtschaft, von Vermassungsgefahr und christlicher Verantwortung?

Pächter oder freier Bauer?

Ein besonderes Kapitel ist der Meinungsstreit um die Bodenreform. UNSER TAG hat sich schon mehrfach damit beschäftigt, und das Problem ist durch die Vorschläge des Badischen Landw. Hauptverbandes ein gutes Stück vorwärts gebracht worden. Dieser Verband ist sicher nicht verdächtig, den Kommunisten nahe zu stehen. Um so bedauerlicher ist es, daß die Bodenreform nicht nur in der Verfassung sehr tiefmütterlich behandelt wird, sondern daß die bürgerlichen Parteien alles tun, um diese grundsätzliche Angelegenheit vor den Wählern möglichst zu diskreditieren. Die demokratische Zeitung „Das neue Baden“ (Ausgabe vom 13. Mai) schreibt einiges zur Bodenreform, aber nur Ablehnendes! Wie könne man Neubauernhöfe schaffen, wenn keine Geräte da wären, wenn es an Vieh fehle, wenn man den Neubauern weder Saatgut noch Düngemittel zur Verfügung stellen könne? Das ist eine Frage des Zeitpunkts, aber kein Grund für eine Ablehnung. Der demokratische Landtagsabgeordnete Stahl

Fortsetzung auf vierter Seite

Für
Demokratie
und
das
Recht
aller
Wecktätigen

wählt

KP

Liste

4